

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN**Stellungnahme der LEK NRW zum Antrag der SPD -
„Wissenschaftlich belegte Folgen der Pandemie ernst nehmen: psychosoziale
Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Familien im Bildungsbereich
stärken“ (Drucksache 18/628 vom 23.08.2022)**

Sehr geehrte Damen und sehr geehrte Herren,

die LEK NRW dankt Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Ausgelöst durch die Krisen der jüngsten Vergangenheit zeigen sich in der Schule vermehrt Probleme wie Lernschwierigkeiten, Mobbing, psychische Auffälligkeiten bis hin zu Gewalttätigkeit. Daher unterstützen wir die Forderung, die Richtlinien anzupassen und Schulsozialarbeit auszuweiten. Die Schulen dabei nach einem festen Schlüssel auszustatten, halten wir für längst überfällig. Ebenso schließen wir uns der Forderung nach mehr schulpsychologischen Hilfen an.

Grundlage unserer Einlassungen sind sowohl unzählige spontane Hilferufe von Eltern als auch eigens von der LEK NRW vorgenommene Umfragen. Die Eltern berichteten von Existenzängsten, Gesundheitsorgen, Schulängsten, Versagensängsten, Ansteckungsängsten, Schlafstörungen, Verlustängsten bis hin zu Suizidgedanken. Schon früh in der Pandemie haben wir deshalb Alarm geschlagen und auf die unterschiedlichen Bedarfe hingewiesen (sh. LEK NRW Newsletter 04.2019). Viele Male haben wir Kontakt zum schulpsychologischen Dienst der Kommunen vermittelt oder auf schulexterne Hilfeangebote aufmerksam gemacht. Dabei ist uns bewusst, dass Umfragen nie alle Eltern erreichen. Insbesondere benachteiligte, in der Krise zum Teil schwer belastete Familien sind unterrepräsentiert. Es ist also davon auszugehen, dass die uns erreichenden Hilferufe nur die Spitze des Eisbergs darstellen.

Während der Corona-Krise haben Eltern ihren Sorgen um psychische und physische Gesundheit sowie Bildung und Betreuung ihrer Kinder lautstark Gehör verschafft. Noch nie hat es so viele Neugründungen von Elternforen, Elterninitiativen, Elternvereinen etc. gegeben wie in den letzten drei Jahren. Dies allein macht die große Unzufriedenheit sehr deutlich. Die Eltern mussten erleben, dass über ihre Köpfe hinweg entschieden wurde. So fühlten sie sich in ihren Nöten und Ängsten nicht ernstgenommen.

Aufgrund von unterschiedlichen Voraussetzungen hatten nicht alle Familien dieselben Probleme, bei den einen löste die Infektionsgefahr, bei anderen bestimmte Maßnahmen Ängste aus. Einige Eltern sorgen sich wegen der großen Lücken, die sich durch häufige Unterrichtsausfälle und -reduzierungen aufgetan haben, andere weil ihre Kinder angesichts ihrer psychosozialen Belastung nicht in der Lage sind, das geforderte Leistungsniveau aufrecht zu erhalten. Die Umfragen der LEK NRW

haben deutlich gemacht, dass alle unter der Gesamtsituation gelitten haben. Die fehlende Mitnahme der Erziehungsberechtigten in den Entscheidungsprozessen, die mangelnde individuelle Anpassung an die Bedarfe, hat Ungleichheiten wachsen lassen.

Schon damals wäre eine Erhebung des tatsächlichen Bedarfs erforderlich gewesen sowie eine entsprechende Neuausrichtung der schulischen Standards. Es ist höchste Zeit, dies nachzuholen, denn es ist bis heute nicht gelungen, unterschiedlichen Bedarfen mit passenden Angeboten zu begegnen. An Schulen fehlen Schutzkonzepte die vulnerable Gruppen die Teilnahme an Präsenzunterricht ermöglichen würden, trotzdem haben Sie keinen Rechtsanspruch auf Distanzunterricht. Inklusion kann mangels räumlicher, sächlicher und personeller Ressourcen kaum noch umgesetzt werden.

Die Überforderung der Schulen zeichnet sich im Übrigen nicht erst seit Beginn der Pandemie ab. Immer wieder hat die LEK NRW deshalb die Verstärkung der Schulsozialarbeit angemahnt sowie die Qualifizierung schulischer Assistenz und die Einstellung von Verwaltungskräften zur Unterstützung von Schulleitung und Lehrkräften. Nur mit einer solchen Entlastung und mit der Etablierung von Fachkräften aus Schulsozialarbeit, Psychologie und therapeutischen Berufen an den Schulen wird es gelingen, besser auf die aktuellen Herausforderungen zu reagieren und damit mehr individuelle Unterstützung zu geben. Ziel ist ein individueller Förderplan für jedes Kind unter Berücksichtigung der gegebenenfalls notwendigen Hilfepläne für Kinder und Jugendliche mit einer Behinderung. Dafür braucht Schule Zeit und Personal!

Aktuell ist die Corona-Krise noch nicht ganz vorbei. Andere Probleme wie der sich schon seit Jahren aufbauende Lehr- und Fachkräftemangel, die Energieknappheit, die Klimaveränderung, der Flüchtlingszustrom und der Krieg in unserer Nachbarschaft führen dazu, dass die enorme psychosoziale Belastung der Kinder und Jugendlichen und ihrer Familien nicht abnimmt. Vertraute Gewohnheiten, Werte und Normen haben plötzlich keinen Bestand mehr. Die Phase der völligen Neuausrichtung macht allen zu schaffen. Bei vielen Eltern kommen großen Existenzsorgen dazu. Für die Kinder und Jugendlichen ist das eine doppelte psychosoziale Belastung, die durch schulischen Leistungsdruck in krankmachender Weise verstärkt werden kann.

Die wenigen kommunalen schulpsychologischen Beratungsstellen, die primär zur Unterstützung der Lehrkräfte eingerichtet wurden, kommen dem hohen Bedarf kaum noch hinterher. Psychotherapieplätze sind schon seit der Aufnahme der ersten großen Flüchtlingswelle über Monate bis Jahre ausgebucht. Auch hier zeichnet sich schon lange ein Fachkräftemangel ab. Kinder und Jugendliche bleiben daher oft mit ihren Nöten allein. Es braucht offensichtlich neue Wege, um unseren Kindern und Jugendlichen wieder gerecht zu werden.

Zu II.

Sowohl die Folgen der Corona-Pandemie als auch die des Ukrainekriegs treffen Familien mit niedrigem sozioökonomischem Status in besonderer Weise. Existenzsorgen betreffen aber auch bis dato bessergestellte Familien. Kinder können sich diesen Belastungen nicht entziehen. Der sozioökonomischen Status ist daher nur ein Indikator für psychische Gesundheit neben Migration, Behinderung usw. Häusliche Ungleichheiten können von Schule nicht beseitigt, doch zumindest gemildert werden, wenn sie benachteiligten Kindern Raum zur Entwicklung, Betreuung und Lernen gibt.

Um diese Voraussetzung zu schaffen und zeitgleich weitere Überforderung der Schule zu vermeiden, braucht es erhebliche Anstrengungen. Wir begrüßen, wenn dazu endlich die notwendigen Weichen gestellt werden, wissen aber auch, welche Grenzen der Lehrkräftemangel setzt. Unterstützung durch weitere Fachkräfte und eine zeitgerechte Lernmittelausstattung bieten sich als Lösungsweg an. Hilfreich wären Antworten auf die Frage, wie Eltern besser eingebunden werden können bei der Erziehung- und Bildung Ihrer Kinder.

Zu III.**- Ausbau Schulsozialarbeit**

Die Ergebnisse der COPSY-Studie bestätigt die Rückmeldungen der Eltern. Mobbing, häuslichen Gewalt, sexuelle Übergriffe und Lernschwierigkeiten sind nur einige Probleme, die in den letzten drei Jahren zugenommen haben. Dadurch gibt es einen erhöhten Bedarf an Schulsozialarbeit. Viele Kinder sprechen zu Hause nicht über ihre Ängste und Sorgen, besonders, wenn sie spüren, dass ihre Eltern gerade selbst belastet sind. Zurzeit dauert es mancherorts einige Wochen, um einen Termin bei der Schulsozialarbeit zu bekommen. Daher ist die Forderung nach einem Ausbau zusätzlicher Beratungsstrukturen für die psychosoziale Gesundheit folgerichtig. Wir fordern aber einen deutlichen Ausbau der Schulsozialarbeit an allen Schulstandorten und allen Schulformen, nach einem festen Schlüssel. Der bisherige Sozialindex darf nicht alleiniges Kriterium bleiben, weil gerade die Pandemie deutlich gemacht hat, dass die Folgen alle Kinder und Jugendlichen treffen können.

- Ausbau schulpsychologischer Dienst

Auch dem Ausbau der schulpsychologischen Beratungsstellen stimmen wir zu. Die Schulpsychologischen Dienste betreuen oft viele Schulen, daher kommt es zu langen Wartezeiten. Allerdings bräuchte es auch ausreichend therapeutische Angebote. Die Wartezeiten auf ambulante Therapieplätze in

der Kinder- und Jugendpsychiatrie sind stark angestiegen auf 6-8 Monate im ambulanten, 4-6 Monate im stationären Bereich.

- **Einstellung von Gesundheitsfachkräften**

Gesundheitsfachkräfte an Schulen wären eine weitere Entlastung für Lehrkräfte, in deren Ausbildung Gesundheitsfragen meist keine Rolle spielen und denen eine zusätzliche medizinische Ausbildung auch nicht zugemutet werden sollte. Die Aufgaben schulischer Gesundheitsfachkräfte müssten sich nicht auf die Akutversorgung nach Schulunfällen und das Unterrichten von Erste-Hilfe-Maßnahmen beschränken. Sie könnten als Bindeglied zwischen Schule, Gesundheitsamt und Jugendamt dienen. Gerade in der Corona-Zeit hat sich das Gesundheitsverhalten vielfach verschlechtert. Der Beratungsbedarf der Familien ist entsprechend hoch. Vor allem aber ist zu bedenken, dass durch die Inklusion und die Zunahme von chronischen Erkrankungen bei Kindern der Bedarf an Unterstützung bei Medikamentengabe, Blutzuckermessung, Toilettengang usw. stark gestiegen ist. Nach Erfahrungen aus Bundesländern wie Bremen und Brandenburg wirkt sich die Arbeit von Gesundheitsfachkräften an Schulen positiv aus. Sie bringt Sicherheit, erhöht das Wohlbefinden bei medizinischen Problemen und verbessert die Gesundheitskompetenz aller an Schule Beteiligten nachhaltig.

- **Passgenaue, verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte**

Im Lehramtsstudium hat der Umgang mit psychischen Erkrankungen und sozialen Problemen kaum Platz. Daher kommen viele Lehrkräfte an ihre Grenzen, wenn Kinder und Jugendliche ihnen von Suizidgedanken, sexuellen Übergriffen oder häuslicher Gewalt berichten. Manche Lehrkräfte blenden, aus Zeitnot und um sich selbst zu schützen, diese Probleme aus. In der Folge fühlen sich die Kinder und Jugendlichen nicht ernst genommen und erhalten keine Hilfe. Was nicht selten zu einer Verschlechterung der Situation auch für die Lehrkräfte selbst führt.

Passgenaue Fortbildungen würden Lehrkräften mehr Sicherheit im Umgang mit psychosozialen Herausforderungen geben. Wir unterstützen daher die Forderung nach der Entwicklung entsprechender Angebote insbesondere für die Fortbildungstage des Kollegiums. Wichtiger noch wären entsprechende Module im Studium, bevorzugt als Sollstudienleistung, da freiwillige Angebote nicht immer auf Resonanz stoßen, wie das Thema Inklusion gezeigt hat.

Eine verpflichtende Fortbildung aller Lehrkräfte halten wir aber für nicht umsetzbar. Die Belastung der Lehrkräfte ist durch zahlreiche Anforderungen neben der eigentlichen Lehrtätigkeit bereits hoch. Eine Überforderung durch weitere Aufgaben ist dringend zu vermeiden. Sinnvoll wären ein bis zwei geschulte Beratungslehrkräfte pro Schule als Bindeglieder des Kollegiums zu Schulsozialarbeit und Schulpsychologischen Dienst. Auch ein Angebot zur psychotherapeutischen Supervision durch entsprechende Fachleute wäre sehr

hilfreich. Lehrkräfte können und sollen aber nicht Fachpersonal ersetzen und heimische Probleme lösen müssen.

Ein Weg für mehr Verbindlichkeit wäre daher das Studium oder die schulischen Fortbildungstage. Dazu braucht es aber deutlich mehr Fortbildungstage für Schulen.

- **Präventions- und Heilungsstrategien**

Diese Forderung ist eigentlich die wichtigste aber zugleich schwierigste und umfasst alle anderen Punkte. Erst die Entwicklung solcher Strategien ermöglicht nachhaltige Präventionsarbeit anstelle eines Flickenteppichs von Einzelmaßnahmen. Immer noch ist zu beobachten, dass zu viele Zuständige unterschiedlicher Fachrichtungen ein Kind lehren, erziehen oder therapieren. Eine Überlastung der Kinder ist die Folge und damit das Gegenteil von Heilung. Gut zu beobachten ist das an außerschulischen Nachhilfeangeboten, die oft nicht mit der Schule abgestimmt werden, viel Zeit und Geld kosten und häufig wenig zielführend sind, weil Absprachen fehlen. Nur wenn Kinder und Jugendliche ganzheitlich in ihrer physischen und psychischen Entwicklung betrachtet werden, können zielführende und passgenaue Angebote entwickelt werden. Dabei ist auch die UN- Behindertenrechtskonvention zu beachten. Das BTHG sieht eine Verknüpfung von Heil- und Förderplanung vor. Diese muss auch an Schulen besser gelebt werden. Lehrkräfte können als Partner in der Schule eine Schlüsselrolle übernehmen, sofern ihnen die zeitlichen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Kunst, Musik, Darstellendes Spiel und Sport, Fächer, die in der Corona-Zeit zurückstehen mussten, sind von großer Bedeutung, gerade weil sie lernschwachen Kindern die Motivation geben, Schule nicht nur negativ zu sehen, sondern auch in den anspruchsvolleren Hauptfächern mitzuarbeiten statt aufzugeben.

- **Kinder und Jugendarbeit**

Die COPSY-Studie zeigt eindrucksvoll, welche Folgen der Verlust der Sozialkontakte bei Kindern und Jugendlichen hat. Diese Angebote braucht es aber nicht nur in Krisenzeiten. Aktuell werden immer mehr Kinder- und Jugendzentren wegen Finanznöten oder Fachkräftemangel geschlossen. Nötig wäre vielfach eine Verlagerung der Stellen an die Schulen, da mit dem Aufwachen des Ganztags die freie Kinder- und Jugendarbeit zumindest ihre jüngere Klientel kaum noch erreicht. Wenn Schulen Stadtteilzentren der Familien werden und Kinder sich Vollzeit dort aufhalten, müssen die Angebote zur Freizeitgestaltung dort stattfinden. Dabei dürfen die Bedürfnisse älterer Jugendlicher nach einem geschützten Raum für Freizeitgestaltung, Hausaufgabenhilfe und einer warmen Mahlzeit nicht vergessen werden.

- Konzepte für Distanzunterricht

Distanzunterricht darf nur eine Ausnahme bleiben. Doch wie wichtig Gesamtkonzepte sind, hat die Pandemie deutlich gemacht. Die bereits geschaffenen Rahmenbedingungen bieten eine Grundlage, greifen aber nicht weit genug. Bis heute fungieren Lernplattformen im Distanzunterricht an manchen Schulen in erster Linie als Verteilzentren für Arbeitsblätter, Eltern müssen mit den Kindern den Unterricht zu Hause durchführen, Kinder sind damit überfordert, ihren Schultag mit festen Arbeitsstunden und Pausen selbst zu strukturieren, verlieren den Überblick, welche Aufgaben sie in welchem Fach bis wann erledigt haben sollen und wie sie Arbeitsergebnisse zurückgeben können.

Damit insbesondere digitaler Distanzunterricht gelingt, sind vergleichbare Ausstattungen und Netzanbindungen vordringlich. Dies erfordert die Ausstattung aller Schülerinnen und Schüler mit digitalen Endgeräten. Eine Finanzierung muss im Rahmen der Lernmittelfreiheit ermöglicht werden. Es bedarf aber auch datenschutzkonformer, vergleichbarer, digitaler Lernplattformen, die ein Arbeiten mit einheitlichen Tools und Videokonferenzen ermöglichen.

Vor dem Hintergrund, dass bestimmte vulnerable Gruppen längerfristig nicht am Präsenzunterricht teilnehmen können, sind entsprechende Konzepte und eine klare rechtliche Absicherung der Teilhabe durch Distanzunterricht z.B. im Wege von Avatarunterricht nötig. Zu wenig wurde in der Pandemie auf diese benachteiligte Gruppe Rücksicht genommen, insbesondere auch bei den Förderangeboten. Auch hier fehlen Teilhabekonzepte.

Abschlussanmerkung:

Um die hohe psychische und physische Belastung der Kinder und Jugendlichen zu minimieren, muss es gelingen, einerseits für die Bedarfe zu sensibilisieren und andererseits Lehrkräfte zu entlasten. Dafür muss auch anerkannt werden, dass die Belastungen, die sich bei Kindern und Jugendlichen zeigen, nicht minder auch Lehrkräfte treffen. Schulen benötigen dringlich eine personelle Entlastung durch fest zugeordnete qualifizierte Fachkräfte. Da Fachkräftemangel nicht nur bei Lehrkräften vorherrscht, bedarf es eines Gesamtkonzepts um vorhandene Ressourcen aus Schulsozialarbeit, Pädagogik, Schulbegleitung und sonstigen Assistenzkräften aber auch Eltern stärker in Bildung, Erziehung sowie Heilung mit einzubinden. Die LEK NRW ist überzeugt, dass mit einer Anpassung des Schulgesetzes, der Festlegung von Rahmenbedingungen und Standards, einer klaren Arbeitsaufgabenbeschreibung für Multiprofessionelle Teams und einer angepassten Qualifizierung Synergien zur Entlastung generiert werden können. Dies bietet nicht nur den Beschäftigten selbst mehr Verlässlichkeit und Chancen, sondern auch allen anderen Beteiligten in Schule. Das Wohl der Kinder muss im Vordergrund stehen, denn ohne das notwendige Wohlbefinden verfehlt Bildung ihr Ziel.



Landeselternkonferenz NRW

Dachverband der Stadt- und Kreisschulpflegschaften

Mobil: 0157-36583728
Email: vorstand@lek-nrw.de

Schulen brauchen daher nicht nur mehr Lehrkräfte, Sonderpädagogen und Fortbildungen, sondern auch zusätzliche qualifizierte Fachkräfte nach einem festen Schlüssel.

Wir hoffen, dass Ihnen unsere Ausführungen dienlich sind.

LEK NRW
Vorstand

Dortmund, 15. Oktober 2022